

RÜCKTRITT DES BUNDESPRÄSIDENTEN:

Wer folgt auf Wulff?

Angela Merkel hatte es eilig. 30 Minuten nach der Erklärung Christian Wulffs trat die Kanzlerin vor die Presse: Sie wolle die Kandidatensuche für das Amt des Bundespräsidenten mit SPD und Grünen abstimmen. Ein langes Gezerre um Kandidaten und mehrere Wahlgänge in der Bundesversammlung wie vor knapp zwei Jahren soll es dieses Mal nicht geben, so die Botschaft.

Schon werden viele Namen genannt, unter anderem die Minister Wolfgang Schäuble (Finanzen), Thomas de Maizière (Verteidigung), Ursula von der Leyen (Arbeit), dann die Grüne Katrin Göring-Eckardt, Ex-Bundesminister Klaus Töpfer (CDU), Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), der rot-grüne Kandidat von 2010, Joachim Gauck, und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle.

Die Messlatte für den Kandidaten liegt hoch. Lothar Probst, Politologe an der Uni Bremen: „Er muss vertrauenswürdig und moralisch integer sein. Er darf nichts im Gepäck haben, was später einmal an die Öffentlichkeit kommen und ihm schaden könnte. Er muss etwas Distanz zu den Parteien haben und dennoch die Regeln des Geschäfts kennen. Und er sollte für möglichst alle Parteien wählbar sein.“ Auch der Politikberater Michael Spreng formuliert die Stellenbeschreibung ähnlich. Kabinettsmitglieder kommen für ihn nicht infrage, weil sie zu sehr in den Streit der Parteien verwickelt sind. Denkbare Kandidaten für ihn sind Töpfer, dessen aktive Politikzeit schon einige Jahre zurückliegt, und Lammert, der sich mit seinem überparteilichen Amtsverständnis viel Respekt in den Reihen der Opposition erarbeitet hat. Auch Gauck würde die Anforderungen erfüllen, „aber der wird wohl keine zweite Chance bekommen.“ Deshalb seine Prognose: „Ich

glaube eher, dass es einen überraschenden Namen geben wird, der noch gar nicht im Topf ist.“

Lammert wäre ein respektabler Kandidat, sagt auch Probst. Aber sein Tipp ist, „dass es eine Kandidatin werden wird“. „Das wäre ein Entgegenkommen sowohl an SPD und Grüne als auch ein Signal an die Öffentlichkeit, die das sicher positiv aufnehmen würde.“ Merkel suche den Konsens mit der Opposition aus zwei Gründen, sagt er weiter. Zum einen lege das die hauchdünne Mehrheit in der Bundesversammlung nahe. „Sie fährt eine Strategie, das Risiko zu minimieren. Noch eine Pleite kann sie sich nicht erlauben.“ Zum anderen spielten koalitionspolitische Überlegungen vor der Bundestagswahl 2013 eine Rolle, wenn sie gezielt SPD und Grüne anspreche. „Merkel ist Machtpolitikerin genug, um zu wissen, dass sie sich möglichst viele Optionen für die nächste Wahl offenhalten muss.“

Mit dem Abgang Wulffs sehen viele Politiker, vor allem aus dem Oppositionslager, das Amt des Bundespräsidenten beschädigt. Politologen sind vorsichtiger und weisen auf Umfragen, wonach die Bürger meist zwischen Amt und Person unterscheiden. Probst: „Das ist wirklich ein Fall Wulff, ich würde das nicht so hoch hängen. Die Verfehlungen liegen in seiner Zeit als Ministerpräsident. Wenn er in seinem Amt als Bundespräsident in den Verdacht der Vorteilsnahme geraten wäre, dann wäre das eine andere Situation gewesen.“ Spreng meint: „In erster Linie hat sich Wulff selbst beschädigt, erst in zweiter Linie das Amt – durch sein langes Zögern zurückzutreten. Aber ein überzeugender Nachfolger kann das sicher wieder reparieren.“

